

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Anstellung 1.20 Mark, vierteljährlich  
3.60 Mark, durch die Post 3.90 Mark  
ausschließlich Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden nur an allen Reichs-  
postanstalten angenommen. Im an-  
lichen Zeitungs-Vergleichnis unter  
Sonder-Zeitung eingetragen. Für Ver-  
änderung eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellenangabe  
„Sonder-Zeitung“ gestattet.  
Verlag der Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

# Volks-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden die 7 gepaltene Solonelle  
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-  
net und in unseren Anzeigenstellen  
und allen Anzeigen-Verhältnissen an-  
genommen. Die Anzeigen sind  
Schluss der Anzeigen-Annahme  
vormittags 11 Uhr für die Sonntags-  
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-  
gen von Anzeigenausgaben, soweit  
solche zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Erklärungsart: Halle a. S.  
Erscheint täglich zweimal  
Sonntags einmal  
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Er. Brauhausstraße 17.  
Hilfs-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 472.

Halle, Montag, den 8. Oktober

1917.

## Englische Stoßtrupps niedergehalten.

### Fortschrittliche Volkspartei und Friedensfrage.

Der Zentralausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei trat am Sonnabend nachmittag im Reichstag zu Verhandlungen zusammen. Der Zentralausschuss besteht aus den Mitgliedern der Reichstagsfraktion und einigen 60 gewählten Vertretern der Organisationen im Reich. Die Sitzung am Sonnabend war aus dem ganzen Reich sehr stark besucht. Der Vorsitzende des Zentralausschusses, Karl F. v. (Frankfurt a. M.), eröffnete die Verhandlungen mit einem kurzen Überblick über die Lage der Partei und ernannte zu Schriftführern den Landtagsabgeordneten Meyer (Frankfurt a. O.) und den Reichstagsabgeordneten Siehr. Hierfür erteilte er das Wort dem

### Reichstagsabgeordneten Gothein zur Friedensfrage.

Redner führte nach dem offiziellen Parteibericht aus, daß die militärische Lage an allen Fronten eine günstige sei. Die Hoffnung, im Landkrieg die Gegner auf die Knie zu zwingen, bestehe trotzdem nicht und die Verlängerung des Krieges erfordere auch bei uns enorme Blutopfer. Von dem U-Boot-Krieg hätten weite Kreise bestimmt vorangelegt, daß er England jähleins in den Tod auf die Knie zwingen werde. Sobald die Häfte der für England verfügbaren Tonnage von 10 Millionen Tonnen versenkt sei, werde es genugsam sein, um Frieden nachzusuchen. Seit vielen Jahren Millionen Tonnen versenkt, aber eine erhebliche Friedensneigung sei noch nicht zu bemerken, ja man sei noch nicht zur Rationierung der Lebensmittel gekommen, zweifellos werde der U-Boot-Krieg mit der Zeit England zum Frieden geneigt machen, aber wann, lasse sich nicht berechnen. Auch könne Amerika so viel Truppenmaterial und Munition über den Stillen Ozean und die stürbische Bahn bringen, wo unsere U-Boote nicht hindürften; und Amerika könne man nicht zum Frieden zwingen.

Wir führen den Krieg mit Bundesgenossen und diese allein nicht genügt, für deutsche Eroberungspläne den Krieg fortzuführen. Sie erstrebten einen Verständigungs- und Verständigungsfrieden. Wir aber brauchen insbesondere das räumliche Getreide und Mineralöl. Das alldeswegen Befreiung nach Annexionen werde bei den Bundesgenossen sehr wohl aufgenommen.

Die Soldaten an der Front seien in ihrer erdrückenden Mehrzahl auch nicht geneigt, für Eroberungsziele irgendwelcher Art weiterzukämpfen, sondern lediglich für die Lebensführung Deutschlands, für die Friedensziele der Reichstagsfraktion.

Am Innern habe die verlängerte Arbeitszeit und die unzureichende Ernährung, letztere besonders in Großstädten und Industriezentren.

Die Friedenssehnsucht gesteigert.

ebenfalls der zunehmende Ruin des Mittelstandes, die Trauer und die Sorgen in zahllosen Familien. In den Arbeiterkreisen seien Streiks zu beobachten, wenn für Eroberungsziele der Krieg fortgesetzt werde. Schon deshalb sei das unabweisbare Bedürfnis von den Amerikanern ein unbedingtes Bedauern zu empfinden. Auch jetzt sei deren Agitation eine schwere Gefahr für Frieden und Frieden. Eine der wichtigsten Aufgaben sei jetzt, das Volk im Innern zum Durchhalten zu bestimmen. Mit Annexionenplänen erreiche man das Gegenteil. Die Ernährung gelasse sich schwierig, wenn es auch möglich sein würde, durchzuführen. Die Ernährer unter dem Mangel an Düngem, Bekleidung und Arbeitskräften. Die Kohlenversorgung bereite außerordentliche Schwierigkeiten und nöthige zu weitgehenden Betriebsbeschränkungen, zumal wir auch die Neutralen und unsere Bundesgenossen mit Kohlen versorgen müßten. Auch die Aufrechterhaltung des Bahnverkehrs werde immer schwieriger und eine weitere Einschränkung beschleunigt werden. Die Rohstoffversorgung für das Heer und die Kriegführung sei gesichert, wenn man auch deshalb zu Ersatzstoffen greifen müsse, nicht aber für das Zivil, besonders in Leder und Textilien. Die Rüstungsindustrie werde glänzend, aber der gewerbliche Mittelstand verende. Mehr Millionenäre einerseits, mehr Proletariat andererseits. Infolge der Unterernährung Vermehrung der Krankheiten und der Todesfälle, infolge des Verschleßens der Eisenmäher gerährliche Gesundheitsrisiko; das wirtschaftliche Schicksal der Bevölkerung, Europa ruiniere sich, den Vorteil hätte nur Japan und vielleicht die Vereinigten Staaten. Je länger der Krieg dauere, um so schwerer werde es später, den Auslandsabfall wieder aufzunehmen und die Verluste wieder heraufzufüllen. Die monatlichen Kriegsausgaben betrugen 3.4 Milliarden Mark und stiegen weiter. Jedes weitere Jahr koste 4 bis 5 Milliarden, d. h. erhöhe das Kriegsausgaben nach dem Kriege um 3.5 Milliarden einschließlich der Währungsreue. Deshalb, soeben die Amerikaner, dürfe man keinen „Hamerrieder“ schiffen. Wer aber solle die Kriegsentlastung abgeben? Rußland, Polen, Rumänien, Serbien, Portugal, wahrscheinlich auch Frankreich und Belgien ständen vor dem Staatsbankrott. Die Vereinigten Staaten könnten wir nicht zu einer Kriegsentlastung zwingen. Weißt nur England, das auch durch die Kriegslasten und die durchbare Verminderung seiner Flotte finanziell unklar geworden sehr wird. Und sollten wir, um eine Kriegsentlastung von vielleicht 10 Milliarden heraus-

### Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 8. Oktober.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kampftätigkeit in Flandern lebte gestern von Mittag bis zum Abend zwischen dem Houthouster-Wald und der Straße Menin-Ween erheblich auf. Starke Trommelfeuer ging englischen Zeilangriffen voran, die sich gegen einzelne Abteilungen der Kampftruppen entwickelten. Die vom Gegner angelegten Sturmtruppen kamen nirgends vorwärts; unsere Abwehrtruppe hielt sie im Trichterfeld nieder.

### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zu beiden Seiten der Straße von Calais wurde der Artilleriekampf zwischen dem Westtruppen und der Hochflut flüchtig von Weegen mit großer Heftigkeit geführt. Abends trafen bei Bouvillon mehrere französische Kompagnien vor; sie wurden durch Feuer zurückgetrieben.

Deutlich der Maas lag hartes Feuer auf unseren Stellungen und deren Hintergelände zwischen Samogneux und Begonvaux. Die Wirkung unserer Artillerie unterband einen südwestlich von Beaumont sich vorbereitenden Angriff der Franzosen.

### Auf dem östlichen Kriegsschauplatz

### und an der mazedonischen Front

keine größeren Kampfhandlungen.

### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### Berlin, 7. Okt. (Mittl.) In der Nordsee wurden

durch unsere U-Boote neuerdings

### jün Dampfer

versenkt.

Drei von ihnen wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen; von den beiden anderen Dampfern war einer bewaffnet.

### Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### 12 000 Tonnen Zuwachs — 34 000 Tonnen Verlust.

Kopenhagen, 7. Oktober. Der „Berlingske Tidende“ meldet aus Christiania: Die norwegische Handelsflotte hat im September einen Zuwachs von 12 000 Tonnen und einen Verlust von 34 000 Tonnen zu verzeichnen. Sie zählt gegenwärtig 3265 Schiffe von zusammen 2 126 000 Tonnen.

aufschlagen, 50 Milliarden Geld und 500 000 Menschen mehr opfern? Das sei

### die Politik eines Hochspielers.

Der Friede müsse die Wiederkehr einer solchen Katastrophe hindern. Das gelänge nicht durch Annexionen, die die Reichswirtschaft wachhalten würden. Belgien in deutscher Hand würde ein Irland für uns werden, und unsere strategische Lage verschlechtern. Am Osten sei es besser, selbständige Staaten aus Rußland, Litauen und Polen zu bilden, als uns fremde Völkerschaften anzugliedern. Man spreche von einem Verständigungsfrieden. Wir wollen auf nichts verzichten, was uns gehört, die eroberbaren Gebiete seien Hauptziele für uns. Wir verlangen Freiheit der Meere und einen vollständigen Handels- und Wirtschaftsfrieden. Ein Waffenstillstand mit Bergemächtigungen, den die Reichsregierung abgelehnt habe, würde die Koalition unserer Feinde zu einer dauernden machen, unsere internationale Stellung dauernd verschlechtern und der Welt das Vertrauen wieder aufzuheben. Das aber könnten alle Kriegführenden finanziell nicht mehr leisten.

Nachdem Abg. Gothein unter starkem Beifall geendet hatte, verlas der Vorsitzende eine von Justizrat Ueberli und Dr. Petersen eingetragene Entschließung. Auf Vorschlag von Dr. Biemer wurden gewisse parteipolitische Vorformulierungen, insbesondere das Verhältnis der Fortschrittlichen Volkspartei zur Deutschen Vaterlandspartei, die Agitation des Dr. Neumann-Frohman und die Tätigkeit des Abg. Traub, zunächst aus der Diskussion ausgeschlossen, um später für sich behandelbar zu werden.

An der Besprechung des Referats des Abg. Gothein beteiligten sich Abg. Hoff, Abg. v. Schulze-Gneerich, Abg. Traub, Dr. Petersen (Hamburg), Professor Dübbe und Abg. D. Raumann.

Am Sonntag früh 10 Uhr wurde die Aussprache fortgesetzt. Nach Reden der Herren Dr. Heiberg-Breslau, Bed. Dresden, Erteleu-Berlin, Dr. Dernburg, Abg. Waldstein, Abg. Dr. Müller-Meinungen, Dr. v. Schömer-Bremen, Abg. Cassel, Bahn-Landsberg, Abg. Dr. Hedscher, Sammerschmidt-Gottbus, folgte der Zentralausschuss das Ergebnis der Aussprache zusammen in der

### Entschließung

Albert-Petersen, die mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde:

Der Zentralausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei erklärt seine Zustimmung zur Haltung der parlamentarischen

Berretung der Partei sowohl bei Bereitstellung aller Kriegsmittel wie bei Anbahnung und Unterstüfung der deutschen Bemühungen um einen Verständigungsfrieden, der das Ende des blutigen Ringens und eine Neugestaltung des Völkerebens bringen soll. Insbesondere billigt der Zentralausschuss die im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung beschlossene Reichstagsresolution vom 19. Juli. Er weist die Unterstellung zurück, daß damit dem deutschen Volk ein einseitiger Verzicht zugunsten seiner Feinde angedeihen würde. Lehnen die Gegner eine Verständigung auf dem Boden der Gleichberechtigung ab, so wird das ganze deutsche Volk wie ein Mann mit weiterer Einsetzung aller Kräfte für Freiheit und Zukunft Deutschlands und seiner Bundesgenossen kämpfen in gerechtem Zorn über die Urheber und Verlängerer maßlosen Glubs.

Nunmehr berichte Abg. Dr. Wiemer über das Verhältnis der Fortschrittlichen Volkspartei zur

### Deutschen Vaterlandspartei

und über die damit im Zusammenhang stehenden parteipolitischen Fragen. Die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei richte sich in erster Linie gegen eine Mehrheitsbildung im Reichstage. Diese Mehrheit aber sei unabweisliche Voraussetzung für weitere Fortschritte in der inneren Politik, für eine Neuordnung der politischen Dinge sowohl im Reich als in Preußen. Scharf beleuchtete der Redner die Tatsache, daß die neue Partei entgegen ihren Worten die Heineitigkeit im Deutschen Reich fördere, daß sie die Gleichberechtigung verleihe, daß sie die Mehrheitsparteien beschimpfe und verurteile. Unter großer Entrüstung der Anwesenden verlas Dr. Wiemer Stellen aus einer Zuschrift, in der unerschütterlich der Reichstagsmehrheit vorgeworfen wird, sie habe sich von England durch Geld bestechen lassen. Gegen diese Vermutung der Parteileute müsse energig Stellung genommen werden. Das wesentlichste aber sei, daß die Deutsche Vaterlandspartei, deren Name allein schon eine Bestätigung gegen die Fraktionspolitik zu organisieren, und wendet revolutionären Zwecken dienlich, da sie

### die innerpolitischen Reformen,

die unter allen Umständen noch vor dem Friedensschluß herbeigeführt werden müssen, bis nach dem Kriege und damit auf unabsehbare Zeit verschoben wissen wollte. Im Anschluß daran erwähnte Redner, daß der Reichstagsrat liberaler Arbeiter und Angehörigen, wie loben in einer Entschließung des Hauptverbandes festgestellt worden sei — mit nur einer einzigen Ausnahme — nichtfalls die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei zur Friedensfrage billige. Weiterhin geht Abg. Dr. Wiemer auf die Verträge ein, innerhalb der Partei eine Opposition gegen die Fraktionspolitik zu organisieren, und wendet sich sodann

gegen das gattatorische Auftreten des Abg. Traub,

der gemeinsam mit Parteigenossen öffentlich die Politik der Reichstagsfraktion beimpflicht habe. Er lege der Partei völlig fern, Regerrichterei zu treiben, sie könne aber verlangen, daß die Parteigenossen und insbesondere fortschrittliche Abgeordnete, nicht gegen die Partei öffentlich agitierten im Bundesparlament.

An der Aussprache nahmen das Wort die Herren Bergmann-Gharlottenburg, Abg. Viesching, Hermann-Bremen, Abg. Traub, Abg. Meyer-Frankfurt a. D., Abg. Siehr, Abg. Waldstein, Böer-Waldenburg, Abg. Kopisch, Buchmann-Schweim, Abg. Friedrich Raumann. Der Zentralausschuss nahm hierzu eine vom Abg. Dr. Wiemer vorgelegene

### Resolution

gegen eine Stimme an:

„Der Zentralausschuss spricht die Genehmigung aus, daß die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei sich von jeder Unterstüfung der „Deutschen Vaterlandspartei“ fernhalten, weil ihr Auftreten die innere Geschlossenheit gefährdet und ihr Ziel insbesondere darauf gerichtet ist, die Durchführung innerpolitischen Reformen während des Krieges zu verhindern.“

Der Zentralausschuss erntet das Recht auf Meinungsfreiheit innerhalb der Partei an soweit nicht das Parteiprogramm eine Bindung der Mitteilung enthält, nicht billigt aber auf das entscheidende, wenn Mitglieder der Partei wegen einer abweichenden Meinung eine öffentliche Agitation gegen die Parteimehrheit, zumal mit Unterstüfung von Parteigenossen, betreibt.

Die agitatorische Tätigkeit eines Abgeordneten der Partei gegen die Haltung der parlamentarischen Parteivertrichtung erachtet der Zentralausschuss als nicht vereinbar mit des Pflichten, die aus der Parteigehörigkeit erwachsen.“

### Ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung?

Berlin, 7. Oktober. Wie verlautet, hat der fortschrittliche Abgeordnete v. Paner im Auftrage der Mehrheitspartei dem Reichstagsrat wissen lassen, daß diese von ihm eine Erklärung erwarten, von der sie ihr Verhalten zu dem eingetragenen Mißtrauensantrag der Unabhängigen Sozialisten abhängig machen werden.





